

Pressemitteilung

AKJS SH zur Landtagsdebatte: Verunsicherung bei „Demokratie leben!“ gefährdet Kinder- und Jugendschutz

Kiel, 7.5.2026 – Anlässlich der Landtagsdebatte zum Bundesprogramm „Demokratie leben!“ kritisiert die Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein (AKJS SH e.V.) den unklaren Reformkurs von Bundesbildungsministerin Karin Prien und warnt vor konkreten Risiken für den Kinder- und Jugendschutz.

„Die monatelange Debatte um Veränderungen im Bundesprogramm ‚Demokratie leben!‘ ist ein politisches wie kommunikatives Desaster“, erklärt Iris Janßen, Vorsitzende der AKJS SH. „Gerade junge Menschen erleben aktuell eine Zeit wachsender Verunsicherung, Polarisierung und zunehmender extremistischer Einflussnahme. In dieser Situation Strukturen der Prävention infrage zu stellen, ist das falsche Signal.“

Besonders problematisch sei die Wirkung auf die Praxis: „Diese Debatte hat vor allem eines erzeugt: Verunsicherung – nicht nur bei Trägern, sondern auch bei Fachkräften, die täglich mit Kindern und Jugendlichen arbeiten. Präventionsarbeit lebt von Vertrauen, Kontinuität und verlässlichen Rahmenbedingungen. Wenn diese fehlen, trifft das am Ende die jungen Menschen.“

Janßen stellt zugleich klar: **„Selbstverständlich müssen Programme, die mit öffentlichen Mitteln finanziert werden, regelmäßig evaluiert werden. Entscheidend ist jedoch, dass Evaluation auf Grundlage eines transparenten Zeitplans, klarer Kriterien und durch entsprechend qualifizierten Stellen erfolgt. Persönliche politische Setzungen oder das Argument, man wolle es ‚anders machen als die Vorgängerin‘, sind dafür keine tragfähige Grundlage.“**

Die AKJS SH verweist dabei auf aktuelle Entwicklungen in Schleswig-Holstein: Die jüngste landesweite Studie unter Schülerinnen und Schülern der 7. und 9. Klassen zeigt, dass **37,5 % mindestens einer rechtsextremen Einstellung zustimmen und über 72 % Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aufweisen**. Gleichzeitig dokumentieren Monitoringstellen und Medien ein anhaltend hohes Niveau rechter Gewalt sowie zunehmende Vorfälle auch im schulischen Kontext.

„Das sind keine abstrakten Zahlen – das sind konkrete Herausforderungen im Alltag von Schulen, Jugendhilfe und sozialer Arbeit“, so Janßen. „Kinder und Jugendliche brauchen Räume, in denen

demokratische Werte gestärkt, Konflikte bearbeitet und extremistischen Einflüssen frühzeitig begegnet wird.“

Benjamin Holm, Geschäftsführer der AKJS SH, betont die Bedeutung stabiler Strukturen:

„Programme wie ‚Demokratie leben!‘ ermöglichen es, Fachkräfte zu qualifizieren, Beratung anzubieten und frühzeitig auf Radikalisierungstendenzen zu reagieren. Unsere Beratungsstellen unterstützen genau dort, wo Unsicherheiten entstehen – in Klassenzimmern, Jugendzentren und sozialen Einrichtungen.“

Demokratische Resilienz entstehe dabei im Alltag pädagogischer Arbeit: „Prävention beginnt nicht erst bei extremistischen Straftaten, sondern viel früher – bei Haltungen, bei Konflikten, bei Ausgrenzungserfahrungen. Wenn wir hier Strukturen schwächen, verlieren wir wichtige Zugänge zu jungen Menschen“, so Holm weiter.

Janßen warnt vor den langfristigen Folgen: „Zweifel und Zersetzung wirken wie ein Nährboden für extremistische Ideologien. Sie sind der Turbodünger auf braunen Äckern.“

Abschließend macht die AKJS SH ihre Erwartungen deutlich: „Demokratiebildung und Prävention sind zentrale Aufgaben des Kinder- und Jugendschutzes. Sie sind keine freiwillige Leistung, sondern Voraussetzung für ein sicheres Aufwachsen junger Menschen“, betont Janßen. „Wir fordern die Bundesregierung auf, das Programm ‚Demokratie leben!‘ zu sichern und auszubauen. Und wir appellieren an die Landesregierung: Setzen Sie sich entschieden für verlässliche Rahmenbedingungen im Kinder- und Jugendschutz ein!“

V.i.S.d.P.:

Iris Janßen (Vorsitzende)

Benjamin Holm (Geschäftsführer)

Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein e.V.

Flämische Str. 6–10, 24103 Kiel

Telefon: 0431 – 26068-78

E-Mail: info@akjs-sh.de

Die Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein e.V. (AKJS) ist ein institutionell geförderter freier Träger der Jugendhilfe und engagiert sich landesweit für den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz. Als Trägerin der Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus (www.rbt-sh.de) unterstützt sie Fachkräfte und Institutionen im Umgang mit demokratiefeindlichen Herausforderungen